

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 28. Oktober 1905.

№ 126.

Für die Monate November und Dezember nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements auf den „Corr.“ zum Preise von 44 Pf. entgegen. Unsere Leser und Freunde wollen die Nichtabonnenten auf vorstehendes aufmerksam machen.

Obergau.

Am 15. Oktober fand in Stettin der 20. (Ordentliche) Gantag des Obergaus statt. Zu demselben waren 45 Delegierte erschienen. Vom Hauptvorstande war Kollege Esflier anwesend; der Gauvorstand war vertreten durch den Gauvorsitzer Kirchner, Kassierer Bila und Schriftführer Duchâteau. Ferner nahmen als Gäste an den Verhandlungen teil die Kollegen Mehrle- und Zipler-Jossen sowie verschiedene Stettiner Mitglieder. Nach einem Gesangsvortrage der Stettiner „Typographia“ begrüßte der Stettiner Bezirksvorsitzer die Erschienenen und hierauf erklärte der Gauvorsitzer kurz nach 11 Uhr den Gantag für eröffnet, von demselben einen sachlichen Verlauf und ein erprobtes Resultat erhoffend. Dann wurde ein stellvertretender Vorsitzender und ein Schriftführer gewählt, die Mandatsprüfungskommission ernannt, die gleichzeitig als Dänen- und Beschwerdekommision fungierte, die Geschäftsordnung verlesen und nach deren Genehmigung in die Verhandlungen eingetreten.

Bei Punkt 1: Geschäftsbericht des Vorstandes, verwies der Vorsitzende auf den gedruckt vorliegenden Jahresbericht, hob hervor, daß der Gau in den beiden letzten Jahren einen Zuwachs von 273 Mitgliedern hatte, auch in bezug auf die verschiedenen Verwaltungszweige an 4., 6. resp. 13. Stelle stehe und hat, etwaige Beschwerden gegen den Vorstand ohne Rücksicht vorzubringen. In der nun folgenden Aussprache wurde bemängelt, daß ein Bezirk im Bericht gar nicht vertreten sei, ferner wurde eine andere Redaktion des Berichtes in bezug auf die statistischen Angaben gewünscht und betont, daß trotz des hervorgerufenen Wachstums noch genug zu tun und zu agieren sei. Diese Ausführungen wurden auf ihre Ursache zurückgeführt und schließlich alleseitig dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die Bezirks- und Mitgliedschaftsvorstände mehr tun möchten, um solchen Beschwerden, für die der Gauvorstand nicht verantwortlich sei, den Boden zu entziehen. Des fernern brauchte bei Ausnahmen ja nicht allzu strenge verfahren werden; aber darauf müsse man setzen, daß die Betreffenden neben ihren moralischen Eigenschaften auch befähigt seien, den Tarif zu verdienen und ihren sonstigen Verpflichtungen als organisierter Kollege zu genügen resp. nachzukommen. Von Spandau ging ein Schreiben ein, worin sich die dortigen Mitglieder über eine Verschleppung ihrer Beschwerden durch das Tarifamt beklagten. Die Kollegen wurden schließlich an das Schiedsgericht verwiesen. Damit war dieser Punkt erledigt und es wurde in die Beratung der Anträge eingetreten.

Zum § 22 des Gaustatuts hatten Kottbus und Stettin Abänderungsanträge gestellt. Nach Ansicht der Delegierten enthielt der Antrag Kottbus eine unberechtigte Härte und Erschwerung der Bezugsberechtigung zum Gauzuschusse, der Antrag wurde daher abgelehnt und folgender Antrag Stettin einstimmig angenommen: § 22 Absatz 2 ist zu streichen und dafür zu setzen: „Bezugsberechtigte Mitglieder, welche sich auf der Meise befinden, ohne konditioniert zu haben, und Mitglieder, welche innerhalb sechs Wochen in den Gau zurückkehren, ohne in einem andern Gau bezugsberechtigt geworden zu sein, treten sofort in ihre früheren Rechte. Erfolgt die Rückkehr nach sechs Wochen, so ist erst ein Beitrag in Kondition zu leisten, ehe ein Anspruch auf Unterstützung erworben wird.“ In betreff des Gauzuschusses steht der Obergau in Gegenseitigkeit mit den Gauen Schlesien, Thüringen, Österreich, Thüringen und Rheinland-Westfalen.

Nach der hierauf eintretenden Mittagspause wurde zur Besprechung der tariflichen Verhältnisse im Gau geschritten. Der Vorsitzende gab ein statistisches Bild über die Zahlen der Verbandsmitglieder und Nichtverbandsmitglieder, der tariffreien und nichttariffreien Gehilfen sowie der Druckereien, in denen die Nichtverbandsmitglieder überwiegend. Diese Orte liegen zum Teile in der Nähe Berlins, und wenn es bisher nicht gelungen sei, diese Personale zum Uebertritte zu bewegen, so werde auch

die Zukunft sobald eine Aenderung nicht bringen. Verschiedene Delegierte gaben einen kurzen Bericht über die Verhältnisse in ihren Druckorten, woraus sich ergab, daß die Verhältnisse im Obergau durchaus nicht schlechter liegen als in anderen Gauen. Betreffs des Uebertrittes ganzer Personale wurde eine genauere Siebung für wünschenswert erachtet, da bei solcher Gelegenheit (siehe Gutenbergbund) manchmal Kollegen in den Verband kommen, die unter anderen Umständen und einzeln strikte zurückgewiesen werden würden. Einigen nachfolgenden Rednern genügte die bisher betriebene Agitation noch nicht und kam man so zur Beschlusfassung über den Antrag Potsdam-Neubabelsberg: Anstellung eines besoldeten Gauverwalters. Die Antragsteller begründeten den Antrag mit der großen Ausdehnung des Gaus, die bei verstärkter Agitation zu große Anforderungen an die Verbandsfunktionäre stelle, die ihre Tätigkeit nur im Nebenamt ausüben. Ein unabhängiger Beamter könne noch viel mehr tun und mehr agitieren. Wenn die jetzige Verwaltung auch eine ausgezeichnete sei. Der Gaukassierer gab eine Uebersicht über die Massenverhältnisse des Gaus, wie sie jetzt liegen und wie sie sich unter denselben Verhältnissen gestalten könnten, wenn schon seit 1904 ein Verwalter amtiert hätte. Eine wöchentliche Beitragsverhöhung von 5 Pfg. sei nötig, um den jetzigen Stand der Kasse zu erhalten. Da man aber nicht wisse, welche Opfer resp. Verschlebung der Verhältnisse die nächste Tarifbewegung mit sich bringe, und weil man mit leerem Beutel auch nicht in den Kampf ziehen könne, so würde es sich nötig machen, den Beitrag event. auf 20 oder 25 Pfg. pro Woche zu erhöhen. Diese Rechnung wurde von den Antragstellern als nicht maßgebend bezeichnet und darauf hingewiesen, daß andere Gauen mit Anstellung des Verwalters gute Erfahrungen gemacht hätten. Zum Schlusse wies Esflier noch darauf hin, daß der Verwalter den Gauvorsitzer in bezug auf Agitation nicht entlasten könne, das habe sich bei allen anderen Gauen schon herausgestellt, dafür müßten und könnten die Bezirksvorstände intensiver eingreifen, wo es not tue, und rief Redner, die Anstellung auf eine spätere Zeit zu vertagen, da der Stand der Verwaltung dies wirklich jetzt nicht als zwingend erscheinen lasse. Von den Stettiner Delegierten wurde noch ausgeführt, daß Stettin als Vorort vor allem zur Stellung eines solchen Antrages verpflichtet sei, wenn sich die Notwendigkeit dazu herausstellen sollte; unter den jetzigen Umständen müsse der Antrag aber mindestens als verfrüht abgelehnt werden. Bei der Abstimmung stimmten 11 Delegierte für und 34 gegen den Antrag, die Anstellung eines besoldeten Verwalters wurde also abgelehnt. Die Mitgliedschaft Kottbus stellte den Antrag: Bei § 25 einzufügen: f) die Kosten des „Corr.“-Obligatoriums (für jedes Mitglied ein Exemplar), die Postausgaben sind als Beiträge mit einzuführen. Am das „Corr.“-Abonnement aus Mitteln des Gaus durchzuführen, wolle der Gantag die Erhöhung des Beitrages um 5 Pfg. beschließen. Die Antragsteller wiesen darauf hin, daß analog diesem Antrage schon in verschiedenen Gauen verfahren werde. Im Bezirke Kottbus habe das Obligatorium gute Erfolge gezeigt, der günstige Einfluß auf die jüngeren Kollegen namentlich sei nicht zu unterschätzen. Da eigentlich jedes Mitglied Leser des „Corr.“ sein sollte, so sei im Grunde genommen nicht einmal eine Beitragsverhöhung notwendig. Hierauf wurde ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung mit 26 Stimmen angenommen und der Antrag war somit gefallen. Der § 27 hat bisher schon jeden Gantag beschäftigt und so auch diesmal; nachdem die dazu gestellten Anträge des Gauvorstandes und der Mitgliedschaft Forst zurückgezogen waren, wurde nach sehr kurzer Debatte folgender Antrag Pöppel-Stettin einstimmig angenommen: „§ 27. In den Jahren, in denen eine Ordentliche Generalversammlung des Verbandes stattfindet, muß ein Gantag abgehalten werden, und zwar vor der Generalversammlung. Ein Außerordentlicher Gantag kann vom Gauvorstande nur unter Zustimmung der Mehrheit der Bezirksvorstände und muß von demselben einberufen werden, sobald die Mehrheit der Bezirksvorstände oder der dritte Teil der Mitglieder dies beantragen.“ Der Antrag Pöppel: „Den in Heilbrunn überwieferen bezugsberechtigten Mitgliedern der Gaukasse ist während des Aufenthaltes in den Heilbrunn der Gauzuschuß zu gewähren“, wurde nach kurzer Debatte abgelehnt, da es

erstens nicht angängig sei, auf diese Art zwei Klassen von Kranken zu schaffen, andernfalls aber erst die Einführung einer Krankenzuschußkasse im Gau geschaffen werden müsse, was doch gewiß nicht beabsichtigt sei.

Der Gauvorstand wurde einstimmig wieder gewählt. Der Beitrag zur Gaukasse wurde auf Antrag Stettin in derselben Höhe belassen und ist in bisheriger Weise (im Winterhalbjahre 15 Pfg., im Sommerhalbjahre 10 Pfg.) weiter zu zahlen.

Die anfangs der Verhandlungen gewählte Kommission hatte sämtliche 45 Mandate in Ordnung befunden, Beschwerden waren nicht eingegangen. In Dänen schlug die Kommission vor: Es werden gezahlt an Einheimische 6 Mk., an Auswärtige 8 Mk., jedes Ueberrachten 3 Mk., Fahrtenzuschuß nach Billetausweis und eventuell sich nötig machende Entschädigung für Arbeitsverhältnis. Nach Erledigung einiger Anfragen in bezug auf einzelne Orte wurde der Kommissionsantrag einstimmig angenommen. Die Remuneration für den Gauvorstand bleibt die alte, ebenso wird demselben wie bisher freie Hand gelassen in bezug auf die Höhe des Geldbetrages für außerordentliche Unterzählungen. Als Ort für den nächsten Gantag wird Frankfurt a. O. bestimmt.

Unter „Verschiedenes“ gab hierauf Kollege Zipler-Jossen als Gast eine Schilderung der dortigen Verhältnisse. Es würde zu weit führen, diese Ausführungen hier wieder zu geben. Nach langer Debatte wurde von allen Rednern dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß jedes Mitglied im Geschäft seine Schuldigkeit tun und sich auch sonst mit seinem Verhalten so einrichten möge, daß dasselbe zu berechtigten Replikationen keinen Anlaß gebe. Man müsse sich die Achtung der Arbeitgeber erst erringen und dann werden sich auch Mittel und Wege finden, die Uebergriffe der andern Seite abzuwehren; das gelte aber nicht nur für Jossen.

Hierauf erstattete Müller-Frankfurt den Bericht der Kommission, die zur Vorberatung auf Neueinteilung des Gaus gewählt war und aus den Delegierten Pöppel-Stettin, Müller-Frankfurt, Paul Krüger-Potsdam, Schulenburg-Brandenburg, Sand-Spandau und Beck-Kottbus bestand. Diefelbe empfahl den seitens des Gauvorstandes vorgelegten Plan mit einigen unbedeutenden Abänderungen und wurde derselbe denn auch angenommen, so daß der Obergau nunmehr in zwölf Bezirke geteilt wird. Stettin, Stettin-Land (Vorort Stettin, Verwalter ein Gauvorstandsmitglied), Straßau, Neu-Muppin, Brandenburg, Kottbus, Eberswalde, Frankfurt a. O., Kößlin, Potsdam, Spandau und Jossen. In der Debatte wurde hervorgerufen, daß den Jossener Kollegen hierdurch ein Vertrauen entgegengebracht werde, dessen sie sich nun auch würdig zeigen möchten, was die anwesenden Jossener versprachen.

Hiermit war die Tagesordnung erledigt und nach einem kurzen Schlußworte des Vorsitzenden, worin derselbe den ruhigen und sachlichen Ton der Verhandlungen dankend hervorhob, wurde das Protokoll verlesen und der Gantag mit einem Hoch auf den Verband geschlossen. Die Mehrzahl der Delegierten folgte noch einer Einladung der Stettiner Mitgliedschaft zu dem an diesem Abend in der „Hilfsharmonie“ stattfindenden Konzert, um die Stunden bis zur Absicht im Kreise der Kollegen zu verbringen.

Stettin.

*E. D.

Korrespondenzen.

Brüssel. Am 16. Oktober traten die Preisrichter über den vom hiesigen Typographischen Studientub und den Herausgebern der „Annales“ veranstalteten diesjährigen internationalen Wettbewerb zur Prüfung und Prämierung der eingesandten Arbeiten zusammen. Im ganzen waren 413 Eingänge zu verzeichnen, und zwar in Abteilung A (Entwurf eines Katalogumschlages) 313, wovon aus Deutschland allein 112, aus der Schweiz 17 und aus Oesterreich 8 kamen. In der Abteilung B (Satzarbeit) stammten von 71 Teilnehmern 19 aus Deutschland, je einer aus der Schweiz und aus Oesterreich. Schwach war die Beteiligung an der Abteilung C (Dreifarbendrucke von B), nur 29 Kollegen haben konkurriert. Deutschland ist mit sieben, Oesterreich mit einer Einsendung vertreten. Von den Prämiierten, auf die insgesamt an Preisen 1625 Frs. entfielen, nennen wir hier nur die aus dem

Deutschen Reich. In Abteilung A erhielten: A. Kanne-
gießer-Gauß bei Leipzig den 4. Preis (60 Frcs.), Gustav
Krüger-Leipzig den 5. Preis (40 Frcs.), Max Schmidt-
Bremen den 7. Preis (25 Frcs.), Karl Blume-Garlotten-
burg den 8. Preis (20 Frcs.), Maximilian Bauer-Magde-
burg den 13. Preis, F. B. Kähler-Mühlhausen den 14. Preis,
Hans Farnbacher-Berlin den 15. Preis, Josef Lang-
Mannheim den 17. Preis und Max Wöhle-Berlin den
20. Preis. Lobend erwähnt wurden die Arbeiten von
Bruno Thormann-Breslau, Hans Niedel-München, Joh.
Lehnen-Mannheim, Otto Becker-Leipzig, Emil Senfleben-
Dessau und Christian-Schnepp-Nürnberg. In Abteilung B
erhielt Max Köbler-Magdeburg den 2. Preis (125 Frcs.),
Otto Becker-Leipzig den 4. Preis (60 Frcs.), Fritz Kotte-
Leipzig den 6. Preis (30 Frcs.), Paul Friebe-Leipzig den
9. Preis (15 Frcs.) und Maximilian Bauer-Magdeburg
den 12. Preis (10 Frcs.). Vier Einwendungen, und zwar
die der Kollegen Karl Kanne-Leipzig, Max Kreutische-Ham-
burg, Josef Schuster und Richard Wöhe-Leipzig, erhielten
eine lobende Erwähnung. Den 1. Preis (80 Frcs.) in
Abteilung C erhielt Josef Schuster-Leipzig, Johannes
Schulz-Hamburg erhielt den 2. Preis (50 Frcs.), Johann
Lehnen-Mannheim den 3. Preis (45 Frcs.), Max Köbler-
Magdeburg den 7. Preis und Fritz Ziemle-Leipzig den
8. Preis (je 15 Frcs.). Von zehn Preisen fiel also hier
die Hälfte auf Deutschland. Dieselben werden verhandelt,
wenn die notwendigen Formalitäten bei der belgischen
Regierung erledigt sind — ein festes Datum angeben
ist unmöglich — und bitten wir die glücklichen Gewinner,
denen wir gleichzeitig unsern aufrichtigen Glückwunsch
auszusprechen, sich mit redt viel Eubul zu wappnen. Auch
anderwärts, nicht nur in Belgien, verlangen Dinge, die
die Behörde in die Hand nimmt, ihre Zeit — Schnell-
schiffe gibt's da eben nicht. Die Jury bestand aus den
Herren: E. Nombaut, Generalinspektor des Industrie-
unterrichts; G. Gooijens und A. Leempol, Buchdruckerei-
besitzer in Brüssel; Vénard, Prinzipal in Lüttich; den
Kollegen Gregoir und van Overstraeten, Brüssel; Lejusse
und Baudejande, Drucker, und G. Nooijen, Zeichenlehrer.
Sie konstatierte, daß der Wettbewerb für das Jahr 1905
sowohl der Zahl der Wettbewerber als dem Werte der
Muster nach ohne Vorgänger sei.

B. Hildburghausen. Im Laufe dieses Sommers
konnte der hiesige Ortsverein auf eine zehnjährige Tätig-
keit zurückblicken. Leider hat er in dieser Zeit sein Ziel,
sämtliche Kollegen am Orte dem Verbands zuzuführen
und tarifliche Verhältnisse zu schaffen, nicht erreichen können.
Bei der Gründung des Ortsvereins waren 16 Mitglieder
vorhanden, jetzt ist diese Zahl auf 30 gestiegen, welche
mit ganz geringen Ausnahmen nur in der Druckerei der
„Dorfzeitung“ konditionieren. Während diese Druckerei
seit jeher tariftreu ist und nur Verbandsmitglieder be-
schäftigt, kann sich die herzogliche Hofbuchdruckerei von
F. W. Gadow & Sohn der Ordnung im Gewerbe noch
immer nicht fügen. Das Personal dieser Druckerei ist
trotz schon mehrfacher Versuche nicht für unsere gute Sache
zu gewinnen, der Tarif ist denselben zumeist ein böß-
mütiges Dorf. Während die Seker eine zehnstündige
Arbeitszeit haben und die Maschinenmeister sogar mit
10 1/2 Stunden zufrieden sind, gibt es leider unter den
Sekern noch Kollegen, welche diese Arbeitszeit freiwillig
bebeutend verlängern, um den Verdienst etwas zu steigern.
Namentlich leistet ein junger Kollege in bezug auf „Arbeits-
zeitverlängerung“ ganz Erledliches. Die Mehrzahl der
Gehilfen steht im Verdienen und werden für Fraktur
32 Pfg. und für Antiqua 34 Pfg. bezahlt; Aufschlag usw.
entspricht nicht im geringsten tariflichen Normen. Neu-
ausgelernte erhalten einen Wochenlohn von 15 Mk. Neben-
stunden werden mit 30 bis 40 Pfg. entschädigt, die be-
rechnenden Seker erhalten dafür — nichts. Im Seker-
jane werden bei 20 Gehilfen sieben Beschlinge und im
Maschinenjane sogar bei vier Gehilfen fünf Beschlinge be-
schäftigt. Daß bei dieser Lehrlingszahl die Gehilfen ihre
eigenen Totengräber sind, scheint ihnen gar nicht einzu-
schlagen. Derartige Zustände sollten doch wirklich dazu
angetan sein, daß sich das Personal endlich einmal auf-
rauf und das Koalitionsrecht fordert. Dann muß es auch
aufhören, daß kaum einige Jahre der Lehre entkämpfte
Gehilfen den älteren gegenüber eine Kommandosprache
süßern und überal mit der Nase schnüffeln, um etwas
anbringen zu können. Nur etwas mehr Mannesmut, Kollegen,
und diesen tariflichen Mißständen wäre schon längst ein
Ende gemacht. Die Kollegen scheuen sich, dem Verbands
anzugehören, da sie dann gewärtig sind, ihre „fette
Bründe“ zu verlieren und wohl gar Muttern verlassen
zu müssen. Darum, Kollegen, rafft euch endlich auf und
macht diesen auf die Dauer doch unhaltbaren Zuständen
in eurem eignen Interesse ein Ende, ehe es zu spät ist.
Die Umwälzungen, die die rastlos vorwärtschreitende
Technik in unserm Gewerbe bringt und in Zukunft wohl
noch in erhöhtem Maße bringen wird, müssen jedem
Kollegen die Augen öffnen, wenn er sich nicht selbst an-
Fragen soll, das Gewerbe mit zu untergraben und seinen
Verwägungsgenossen einen schlechten Dienst zu erweisen. Trotz-
dem Hildburghausen nur etwas über 7000 Einwohner
zählt und noch einen echt landwirtschaftlichen Charakter
trägt, sind die Lebensmittelpreise hier derart hohe, wie sie
große Industriestädte nicht aufzuweisen haben. Die im
nächsten Jahre stattfindende Tarifrevision macht es be-
dehnd zur gebieterischen Pflicht, daß auch in Hildburghausen
eine geschlossene Gehilfenschaft vorhanden ist, um den so
notwendigen Vorkaufschlag zu erringen. Dies ist jeder
Kollege am Orte nicht nur sich selbst, sondern auch seinen
Angehörigen gegenüber schuldig, die unter diesen teuren

Verhältnissen schwer zu leiden haben. Oder will sich das
Personal von F. W. Gadow & Sohn bei der nächstjährigen
Tarifrevision wieder mit dem wenigen zufrieden geben,
was ihm vielleicht aus Gnade vorgelegt wird? Nein, Kollegen,
besinnt euch auf eure Menschenrechte, stellt euch den um
bessere Existenzbedingungen kämpfenden organisierten Ge-
hilfen nicht mehr länger in den Weg, legt selbst mit
Hand an das Werk, denn einer geschlossenen Gehilfenschaft
muß es gelingen, tarifliche Zustände zu schaffen und so-
mit ihre Lage zu verbessern. Nur im Verbands der
Deutschen Buchdrucker, welcher sich das edle Ziel gesetzt
hat, uneigennützig die Interessen der Gehilfenschaft zu
vertreten, wird dies den Gehilfen möglich sein und darum,
Kollegen, seid einig, legt alle Vorurteile ab, laßt alles
Persönliche beiseite; dann wird auch zu eurem Wohle der
„Corr.“ recht bald aus Hildburghausen Besseres berichten
können. Erwähnt sei noch, daß Kollege Bauß vor
kurzem auf eine fünfzehnjährige Tätigkeit als Kassierer
der früheren Mitgliedschaft und des jetzigen Ortsvereins
zurückblicken konnte. Für seine gewissenhafte und in jeder
Beziehung gute Kassienführung sei ihm hiermit öffentlich
gedankt.

Hildesheim. Die zweite diesjährige Bezirksver-
sammlung fand am 24. September in Einbet statt
und hatte dieselbe trotz der reichhaltigen Tagesordnung
einen nur spärlichen Besuch aufzuweisen, denn kaum der
vierte Teil der Mitglieder hatte sich eingefunden, während
die in den letzten Jahren abgehaltenen Versammlungen
doch immerhin fast die Hälfte der Mitglieder des Bezirks
zusammenführte. Als Gäste waren aus dem benachbarten
Bezirk Göttingen dessen Vorsteher und Kassierer, die Kol-
legen Bornemann und Lübdecke, anwesend. Kollege
Hausmann eröffnete gegen 12 Uhr mittags die Ver-
sammlung und führte dann in einem einstündigen Vor-
trage die im letzten Halbjahre die Mitglieder interessieren-
den Vorwörter, wie Gattung und Generalversammlung,
und in Verbindung hiermit die Verhältnisse im Bezirk
eingehend vor Augen. An die Berichterstattung des Vor-
sitzenden reihte sich dann eine rege Debatte, an welcher
namentlich die Einbeter Kollegen sich beteiligten. Sodann
erstattete Kollege Dannhauer den Kassierenbericht für die
letzten beiden Quartale; Einwendungen wurden, da die
Revisoren Nichtigkeitsbescheid konstatierten, nicht gemacht.
Aus dem Berichte der Vertrauensmänner ist zu entnehmen,
daß in den meisten Druckereien des Bezirks alles so ziem-
lich beim alten geblieben und konnte nur von Goslar
als bemerkenswert mitgeteilt werden, daß namentlich in
tariflicher Hinsicht dort früher noch schwebende Differenzen
beisichtigt worden sind, und somit in Goslar jetzt voll-
ständig tarifliche Verhältnisse Platz gegriffen haben. Die
Verhandlungen wurden dann durch einstündige Mittags-
pause unterbrochen und nachmittags 3 Uhr fortgesetzt.
Als wichtigster Punkt stand zunächst die Gründung einer
Bezirkskasse auf der Tagesordnung. Es hatte bis vor
etwa fünf Jahren bereits eine solche Kasse bestanden; da
diese jedoch auch Unterstützungszwecken diene, und aus
diesem Grunde der größte Teil der eingetommenen Gelder
hierfür ausging, löste man die Kasse seinerzeit auf und
verteilte die noch vorhandenen Gelder an die Mitglied-
schaften zur Gründung von Lokalkassen. Der letzte
Gau tag nahm jedoch eine Resolution dahingehend an, daß es
wünschenswert sei, in denjenigen Bezirken, in welchen noch
Bezirkskassen vorhanden, namentlich solche, und zwar zu
agitativen Zwecken zu gründen. Um dieser im Prinzip
ausgebräuteten Forderung und einem auf einer nach dem
Gau tage abgehaltenen Gauvorstands- und Bezirksvorsteher-
konferenz gefaßten Beschlusse nachzukommen, hatte der
Bezirksvorstand die Gründung einer neuen Bezirkskasse
auf die Tagesordnung gesetzt. Eine rege Debatte ent-
wickelte sich über diesen Punkt; Gegner der Bezirkskassen-
gründung waren die Goslarer und Peiner Kollegen, jedoch
vergebens, denn die Mehrheit entschied sich schließlich für
die Gründung der Kasse. Ein vom Vorsitzenden vor-
gelegtes Reglement, nach welchem der Zweck der Kasse
bzw. die Verwendung der Gelder festgelegt werden soll,
sah fast einstimmige Annahme. Der wichtigste Beitrag
zur Bezirkskasse beträgt 5 Pf. und wurde der 1. Oktober
als Termin für deren Zutritt bestimmt. Die Ver-
sammlung beschloß jedoch noch, daß die Bezirksversam-
lungen künftig derart wandern sollen, daß nicht eine
Versammlung im Jahre in Hildesheim und die zweite an
einem andern Orte stattfinden, sondern so, daß die in
Verbandt kommenden Druckorte der Reihe nach wechseln.
Kraft dieses Beschlusses wurde dann Goslar als Ort für
die nächste Versammlung bestimmt. Die ferneren Punkte
der Tagesordnung waren weniger von Belang, nur sei
noch angeführt, daß auf Antrag eines Einbeter Kollegen
beschlossen wurde, dem jetzigen Schriftführer eine scharfe
Rüge zuteil werden zu lassen, nicht allein deshalb, weil
er der gegenwärtigen Versammlung fern geblieben, son-
dern in der Hauptsache um deswillen, weil man von ihm
schon seit langem im „Corr.“ keinen Bericht über Ver-
sammlungen oder sonstige Vorkommnisse im Bezirk zu
lesen bekommen und dieses den Anschein erwecken müsse,
als ob der Bezirk Hildesheim schlafe. Der Vorsitzende
schloß gegen 1/2 6 Uhr, nachdem er einen dringlichen Appell
zu reger und tätiger Beteiligung am Verbandsleben an
die anwesenden Kollegen gerichtet, mit einem Hoch auf
den Verband die animierte verlausene Versammlung.

Lübeck. Gelegentlich einer Reise an der Wasserante
sprach unser Verbandspräsident Böblin hier selbst am
20. Oktober in einer sehr gut und sogar von auswärts
besuchten Versammlung über das Thema: „Die Aufgaben
der Gewerkschaften“. Redner verstand es, durch seine

Ausführungen die Anwesenden zu fesseln und erntete
reichen Beifall. Die Diskussion ergab, daß man im
großen und ganzen mit dem Gesagten einverstanden war.
Nürnberg. Bayerischer Buchdrucker tag aus Anlaß
der Landesausstellung 1906.) Die hiesige Mitgliedschaft
beschloß in ihrer letzten Versammlung, zu Pfingsten
nächsten Jahres einen Bayern tag zu veranstalten, nach-
dem schon diesbezügliche Wünsche auch von auswärts laut
geworden. Die Vorarbeiten zu diesem kollegialen Feste
gelten als nahezu abgeschlossen. Der Festkommission stehen
z. B. jetzt schon 1500 Quartiere (keine Massenlogierungen)
zur Verfügung, weitere 500 Einzelquartiere sind bis zu
einem gewissen Zeitpunkt reserviert. An speziellen Ver-
anstaltungen sind vorgesehen: Pfingstamstagabend Be-
grißungsfeier für die bereits eingetroffenen auswärtigen
Gäste; Sonntag vor- und nachmittags Besichtigung lokaler
Sehenswürdigkeiten sowie vor allem der Landesausstellung
(die Festkommission ist bemüht, bei der Ausstellungsleitung
möglichst günstige Eintrittsbedingungen für die Besucher
zu erwirken); abends großer Kommerz mit Damen in
der Ausstellungshalle unter Mitwirkung der Kollegen-
gesangvereine und sonstiger Kräfte. Am zweiten Pfingst-
tage findet vormittags eine Festversammlung statt, zu
welcher ebenfalls Damen Zutritt haben. Hierbei werden
im Hinblick auf die als baldige Tarifrevision von vor-
ausichtlich zwei Referenten aktuelle Themas behandelt
und damit auch den gewerkschaftlichen Tendenzen unserer
Organisation Rechnung getragen. Zu Anfang und Ende
dieser imposant werdenden Kundgebung sind Gesamtdöre
der anwesenden Gesangvereine vorgesehen. Am Nachmit-
tage vereinigt ein Gartenfest die werten Gäste in einem
der historischen Zwingerrestaurants. Ausdrücklich sei aber
bemerkt, daß an beiden Tagen gemeinsame, d. h. im voraus
verpflichtende Mittagessen für das Gros der Teilnehmer
nicht stattfinden, dagegen soll auswärtigen Vereinen auf
speziellen Wunsch nach einem Mittagmahle Hilfelei an die
Hand gegangen werden. Die offiziellen Einladungen an die
Mitgliedschaften usw. ergehen in nächster Zeit. Über
schon jetzt sei's gesagt: Nicht allein die Kollegen im Gau
Bayern — von denen eine überaus große Beteiligung zu
erwarten ist — sind der Mitgliedschaft Nürnberg will-
kommen, sondern auch diejenigen Kollegenkreise außerhalb
der blau-weißen Grenzpläne, welche die wirklich interessant
werdende Ausstellung in der so zentral gelegenen Franken-
stadt zu besichtigen und bei dieser Gelegenheit unter gleich-
gefinnten Verbandskollegen einige fröhliche und auch ernste
Stunden zu verbringen gedenken — alle, alle dürfen sich
einer echten und rechten Aufnahme in der alten Noris
versichert halten! Im Hinblick auf den zu Pfingsten
herrschenden allgemeinen großen Verkehr nach Nürnberg
sind mit den maßgebenden Bahnbehörden Verhandlungen
im Gange, daß unsere Festbesucher vor allem und von
größeren Städten aus eventuell mit Sonderzügen —
und womöglich in der Nachtzeit — befördert werden. (Für
die Münchener Kollegen ist bereits eine zustimmende Er-
klärung von seiten der Generaldirektion der Staatsbahnen
eingetroffen. Es besteht die Absicht — je nach Beteiligung
— auch von Augsburg, Regensburg und Würzburg Sonder-
züge einzuschalten.) Es möge daher allerorts schon jetzt
die Parole lauten: Auf, zu Pfingsten 1906 nach
Nürnberg! Alle den Buchdrucker betreffenden Zu-
schriften sind zu richten an den Vorsitzenden der Fest-
kommission: Gg. Gutierrez, Rothenburgerstraße 52.

Stundschau.

**Der Kampf im Steinbrud- und Lichtdruck-
gewerbe** nimmt nicht nur größere Dimensionen an, sondern
auch an Verschärfung zu. In der Spitze der neuesten
Nummer der „Zeitschrift“ erlassen nämlich der Vorstand
des Vereins Deutscher Steinbrudereibesitzer sowie die Lei-
tung des Bundes der Lichtbruderausstellungen eine Bekannt-
machung, worin es heißt, daß „in einer Reihe von Druckorten
die Gehilfen verschiedene Forderungen an die Prinzipale
gestellt und, weil diese nicht ohne weiteres bewilligt werden
konnten, unter Kontraktbruch und ohne Einhaltung gel-
tender Kündigungsfristen die Arbeit eingestellt haben.
Weit entfernt davon, unseren Gehilfen das Recht auf An-
wendung lokaler Mittel zur Verbesserung ihrer Lage ver-
tuteln zu wollen, verurteilen wir aufs entschiedenste
den Kontraktbruch. Besonders tabuliert wird erachtet und
bet dem Verbands der Gehilfenschaft, Vorteile dadurch zu
erlangen, daß den Prinzipalen ernste Schwierigkeiten im
Verkehre mit ihren Auftraggebern bereitet und sie in Ge-
fahr gebracht werden, bedeutende materielle Verluste zu
erleiden, das leichtfertige Vorgehen der Lichtbruder. Diese
haben sich über die beiderseitigen Verpflichtungen, die sich
aus der Vereinbarung eines Tarifes ergeben, unbedeutend
hinweggesetzt, ja sogar ausdrückliche Festsetzungen des
Tarifes einfach gebrochen. Während der Prinzipalsvorsitzende
zur Untersuchung und Beilegung der freitragigen Fragen
beim Gehilfenvorsitzenden eine Sitzung des Tarifamtes
beauftragt, erklärte die Vertrauensleute des Seneleber-
Bundes, ihre Tarifamtsvertreter seien angewiesen worden,
jede Verhandlung vor dem Tarifamte zu verweigern.
Durch ein derartiges Verhalten müssen natürlich die mit
den Arbeitern getroffenen Tarifvereinbarungen jeden Wert
für die Arbeitgeber verlieren. Zur Wahrung der be-
drohten gemeinsamen Interessen ersuchen wir die Kollegen,
sich auf Eingekündigungen nicht einzulassen.
Dann ersuchen wir, um die Einzelnen bei der Abwehr
ungerechtfertigter Forderungen unterstützen zu können,
alle Kollegen, welche durch das Vorgehen des Deutschen

Genesefederbundes und des unter seinem Einflusse stehenden Teiles der Gehilfenschaft in ihrem Geschäftsbetriebe gefördert werden, ohne Verzug über alle Einzelheiten derartiger Vorgänge an unsere Geschäftsstelle, Leipzig, Deutsches Buchgewerbehause, Bericht zu erstatten. Insbesondere bitten wir dorthin aus allen von den Arbeitsstellen betroffenen Orten die Namen der kontraktbrüchigen Gehilfen zu melden und vor jedem Engagement auswärtiger Arbeitskräfte erst bei unserer Geschäftsstelle Anfrage zu halten, damit gegenseitig die Einstellung kontraktbrüchiger Gehilfen vermieden wird. Wir müssen bei unserer Meinung verbleiben, daß die Organisation der Steinbrudereibetriebe durch ihr jahrelanges ausweichendes Verhalten in der Tariffrage in erster Linie die jetzigen unerfüllten Vorgänge heraufbeschworen hat. Auch in dieser Befestigung findet sich wohl die Warnung, auf Einzelverhandlungen nicht einzugehen; auch ist von der Abwehr „ungerechtfertigter Forderungen“ die Rede, von einer präzisen Stellung zur Tariffrage, von der Bereitwilligkeit, das Zustandekommen eines allgemeinen Tarifvertrages nach Kräften fördern zu wollen, aber keine Spur. In welcher Weise die Richtsdruckanstaltsbesitzer die Gehilfenschaft ihres speziellen Zweiges für den direkten Kampf gegen die Schmutzkonzurrenz engagieren wollten, ist in der Gewerkschaftsübersicht in Nr. 122 näher geschildert worden; die geforderte Gegenleistung an die Gehilfenschaft wurde aber unter allerlei Vorwänden verweigert. Das Ende vom Liede sind nun plötzliche Arbeitsniederlegungen und schwarze Listen, also ein Kriegszustand, der gewiß nichts Erbauliches an sich hat. Die Kommentierung dieser Bekanntmachung wird ja seitens des Genesefederbundes nicht auf sich warten lassen. Wir bringen einstweilen diese Mitteilung, damit unsere Kollegen von der kritischen Wendung in diesen verwandten Branchen informiert sind.

Den Tod auf den Sibirien suchte und fand auf der Strecke zwischen Burg-Beum und Dölsleben der 1877 in Heidelberg geborene Buchdrucker Philipp Vogel, zuletzt in Bant konditionierend. Bei dem Tode wurde nur eine Barschaft von einem Pfennig vorgefunden.

General konsul a. D. Karl Berendt Lord ist im Alter von über 91 Jahren in Leipzig gestorben. Lord war früher Inhaber der bekannten Offizin Boensch-Druggulin in Leipzig, bekleidete das Amt eines Alterssekretärs im Deutschen Buchgewerbeverein und hat sich bleibende Verdienste um das Buchgewerbe und den Buchhandel erworben. Am 28. Oktober wird der Beisetzung eine Trauerfeierlichkeit in der Gutenberghalle des Buchgewerbehause vorangehen.

Konkursöffnung: Jüchener Elektrizitätswerk mit Druckeri, e. G. m. H. in Jüchen.

Eine zweifelhaft empfehlende Verleumdung veranlaßt das Wespapierhaus Ferdinand Finsch in Frankfurt a. M. In einem einseitigen Geschäftsjuristare dieser Firma, das hinsichtlich seiner Ausstattung kaum den billigsten Anforderungen genügt, befinden sich nämlich folgende orthographische Kapitalismen: „Ausdenung“, „Warung“, „Wonsig“, „Fernsprechiez“, „gefetzt“, „auszuführen“, „Woswollen“. Sollte die Firma Finsch im großen Deutschland nicht eine Buchdruckerei ausfindig machen können, die ihre Empfehlungen an Druckermeister wenigstens in einem leidlichen Deutsch auszuführen vermöchte?

Zum Schutze der Arbeitswilligen wurde nach dem unweit Leipzig gelegenen Industriestädtchen Markranstädt, wofolst in einer großen Rauchwarenrichterei seit einiger Zeit ein Aufruhr stattfindet, ein Gendarmierkommando von sechs Mann verlegt. Es sind dort Zusammenstöße mit den Arbeitswilligen vorgekommen, entstanden durch das provozierende Auftreten der Streikbrecher, infolgedessen auch drei leitende Personen der Richterorganisation verhaftet wurden.

Die Ablegung der Gesellenprüfung ist zwar keine zwingende Bestimmung in dem Handwerkergeese, der Unternehmer ist jedoch verpflichtet, den Lehrling anzunehmen, sich nach Ablauf der Lehrzeit dieser Prüfung zu unterziehen. Unterläßt er es, einen Lehrling dazu anzunehmen, setzt er sich der Bestrafung aus. Verschiedentlich bestimmen die Statuten der Handwerkskammern für die Lehrlinge allerdings auch den Prüfungszeitpunkt. Ganz besonders sind es die Lehrlingszähler, welche den § 131 der Gewerbeordnung sowie die entsprechenden Vorschriften der Handwerkskammerstatuten ignorieren; sie wissen eben, daß ihre Ausbildungsergebnisse sich nicht in der Deffektivität sehen lassen können. Daß die Handwerkskammern so wenig von ihrem Rechte, solche säumigen Handwerksmeister zur Bestrafung zu ziehen, Gebrauch machen, haben wir schon oft gerügt. So mancher Lehrlingszähler könnte dadurch entlarvt und seinem Treiben nach erlangter Kenntnis Einhalt getan werden, was doch jedenfalls ein ganz weitläufiger Vorteil aus dem § 131 a. D. wäre. Die in Vorständen und Prüfungsausschüssen der Handwerkskammern vertretenen Arbeiter müßten deshalb, wenn auch ihr Einfluß in der ganzen Organisation der Handwerksinstitution ein geringer ist, mehr noch für eine energiegelbe Handhabung der Lehrlingsvorschriften durch die Handwerkskammern bestrebt sein. Die Ablegung der Gehilfenprüfung hat aber auch Rechte zur Folge, auf welche diejenigen, welche die Prüfung nicht abgelegt haben, später verzichten müssen. So steht z. B. das Recht, Lehrlinge zu halten, nach § 129 der Gewerbeordnung nur solchen Handwerkern zu, welche selbst die vorgeschriebene Lehrzeit zurückgelegt und die Gesellenprüfung bestanden haben. In die Prüfungsausschüsse können aber, nachdem diese Bestimmungen der Gewerbeordnung nunmehr sechs Jahre lang in Kraft sind, nur solche Gesellen gewählt werden, welche die Ge-

sellensprüfung abgelegt haben. Die Ablegung der Gesellenprüfung ist also auch von diesem Standpunkte aus notwendig. Die Gewerbeordnung des Berliner Magistrates will künftig zweimal jährlich in den Publikationsorganen der Stadt auf diese Bestimmungen hinweisen und durch Plakate an den Anschlagtafeln die Lehrlinge zur Ablegung der Gesellenprüfung auffordern. Auch anderswo sollte man sich zu dem gleichen Schritte entschließen.

Verlängerung der Lehrzeit soll das Mittel sein, womit sich die ehrbaren Meister des vielgeprüften Handwerks schablos halten wollen für den Tagesfortbildungsschulunterricht, den sie als ein in ihr Nest gelegtes Kuckucksei ansehen. Während früher die Unterrichtszeit der Fortbildungsschulen fast ausschließlich auf die Abendstunden, nachdem Feierabend eingetreten war, angelegt wurde, ist man jetzt bestrebt, diesen Unterricht schon in den Tagesstunden zu erteilen, weil er dadurch erfolgreicher gestaltet wird. Infolgedessen werden die Lehrlinge auf eine Anzahl von Stunden der Arbeit entzogen. Um hierfür anderweitig Ersatz zu schaffen, wird neuerdings in Handwerkerkreisen die Verlängerung der Lehrzeit in erste Erwägung gezogen. So haben kürzlich die Handwerkskammern der sächsischen Provinzen in ihrer Versammlung zu Frankfurt a. D. den Innungen empfohlen, durch eine angemessene Verlängerung der Lehrzeit die durch Verlegung des Unterrichtes der Fortbildungsschule etwa entstehenden Schäden auszugleichen. Einige Handwerkskammern im Westen haben schon vor längerer Zeit einen ähnlichen Beschluß gefaßt. Das Beispiel einiger Großstädte mit dem Tagesunterrichte hat viel Nachahmung gefunden und hat sich vom Schulstandpunkte aus so günstig bewährt, daß die preussische Regierung sich nun die Förderung dieser Art Fortbildungsschulunterricht ebenfalls angelegen sein läßt. Darob sind die Handwerkerkreise noch mehr erobert worden und wollen sich nun mit einer Verlängerung der Lehrzeit behelfen. Aber auch diesem „Auswege“ hat glücklicherweise das Handwerkergeese eine Grenze gezogen.

Kaib! Ein Chemnitzer Handwerksmeister war wegen der Beschäftigung von Lehrlingen an den Sonntagen in Strafe genommen. Da der Mann sich in den Kopf gesetzt hatte, daß Lehrlinge nicht zu den Arbeitnehmern zu zählen seien, ging er mit der Berufung gegen diese Beurteilung bis vor das sächsische Oberlandesgericht mit dem selbstverständlichen Resultate der Verwerfung seiner Berufung. Das Oberlandesgericht in Dresden beehrte den starkköpfigen Meister, daß Lehrlinge Arbeitnehmer sind und padte ihm sämtliche Kosten des Rechtsstreites auf.

Aljo sprach Bobbelski! In Halle a. S. ist dieser Tage ein Denkmahl für den verstorbenen landwirtschaftlichen Gelehrten Prof. Märker enthüllt worden. Auch Bod war anwesend und nahm die Gelegenheit wahr, einmal wieder zu beweisen, daß er über das Abc der Agrarier nicht hinaus kann. Er sprach nämlich gar salbungsvolle Worte von der Interessengemeinschaft zwischen Landwirtschaft, Handel und Industrie und brüdete den Wunsch aus, daß jeder dieser drei wichtigsten Zweige der Volkswirtschaft Freunde am Blühen des andern finden möchte. Dann kam es aber schmerzenvoll über seine Lippen: „Dazu aber sei allerdings jetzt wenig Hoffnung und dieses Ziel scheint noch in weiter Ferne zu liegen, das zeige ein Blick in die Presse. Da werde die Landwirtschaft aufs heftigste angegriffen wegen der Fleissteuerung, da werde ihr die Schuld an derselben zugeschoben. Er wolle in dieser Hinsicht nur kurz betonen, daß erstens die Landwirtschaft die Schuld an der Fleissteuerung nicht treffe, daß zweitens die stürmisch verlangte Eröffnung der Grenzen nicht nur ein untaugliches, sondern sogar ein schädliches Mittel sei; ein untaugliches, weil sie die erhoffte Hilfe gar nicht bringe, ein schädliches, weil sie durch die Einfuhr fremden Viehes die heimischen Bestände in hohem Maße gefährde und schweren Verlusten aussetze.“ Man sollte es nicht für möglich halten, was ein preussischer Minister über einen allgemeinen Notstand, dessen Ursachen bald jedem Gymnasiasten klar sind, zusammen fabulieren kann. Kürzlich ging ja eine Meldung durch die Presse, welcher die viel betonte Seuchengefahr prächtig widerlegte. Danach ist oder war vor einiger Zeit im hiesigen Bezirk eine ziemlich große Anzahl von Geflüßten verendet, während jenseits der holländischen Grenze keine Viehsuchen herrschten. Die ganze Seuchengefahr ist also nur ein Popanz. Auch Bod scheint einzusehen, daß auf diesen faulen Zauber kein vernünftiger Mensch mehr hineinfällt, deshalb ein neues Moment ins Feld geführt, und zwar die Presse. Gott, wie geistvoll!

Verfeß des Kampfes in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie ist zu melden, daß die Weber in Meuselwitz sich entschlossen haben, weiter zu arbeiten. — Die Fichränderer in Hamburg, Altona und Ottenfen sind bei ihrem Streik unterlegen und haben den Tarif des Vereins der Fichränderer anerkannt.

Der Aufruf der russischen Eisenbahner hat noch weitere Ausdehnung angenommen. Das innere Rußland ist zum größten Teile von dieser Bewegung ergriffen, auch Polen und die Ostseeprovinzen sind mit ihren Bahnlinien schon stark in Mitleidenhaft gezogen. Der Verkehr hat eine kolossale Stöckung erlitten und ist zum Teile ganz unterbunden. Namentlich trifft dies auf Moskau zu, wo auch die Post und der Telegraph ruhen. Neben den wirtschaftlichen Forderungen ist es wieder das Verlangen nach politischen Rechten, das diese volkswirtschaftlich so schwerwiegende Aktion hervorgerufen hat. Bleibt die Regierung auf ihrem Standpunkte bestarren — der neue Ministerpräsident Witte hat Versammlungs-

Freiheit versprochen — und gibt namentlich bezüglich der Beteiligung der Arbeiterschaft an den Duma-wahlen nicht nach, so werden sich diese Katastrophen ins Beispiellose steigern. Generalausstände sind bereits für eine ganze Reihe von Orten beschloffen. — In Toulon streikten die Gasarbeiter. Vom Seinerpräsidenten wurden Maschinenisten und Seizer gefaßt, um den Betrieb der elektrischen Maschinen aufrecht zu erhalten. — In Marzelle streikten die Straßenkehrer. — Die Ausperrung der schwedischen Metallarbeiter wird weiter dauern, da die eingeleiteten Einigungsverhandlungen zum größten Teile gescheitert sind.

Gestorben.

In Berlin am 8. September der Seherinvalide Emil Bestner, 65 Jahre alt — Altersschwäche; am 20. September der Stereotypen August Helwich, 47 Jahre alt — durch Ertrinken; am 28. September der Seher Max Linke, 20 Jahre alt — Lungenschwindsucht; am 3. Oktober der Seher Richard Stoll aus Wangenheim, 22 Jahre alt — Herzschlag; am 5. Oktober der Buchdruckereibesitzer Karl Kroll, 66 Jahre alt — Herzschwäche; am 6. Oktober der Drucker Bernhard Krabel aus Bernburg, 40 Jahre alt — chronischer Lungentatarakt; am demselben Tage der Seher Karl Rodominski, 39 Jahre alt — Lungenschwindsucht; am 7. Oktober der Seher Arthur Schellart, 38 Jahre alt — Lungenschwindsucht; am 10. Oktober der Seherinvalide Albert Bachmuth, 41 Jahre alt — Lungenschwindsucht; am 11. Oktober der Drucker J. Polnow, 30 Jahre alt — Nierenentzündung.

In Cincinnati (Amerika) am 1. Oktober der Seherinvalide Jakob Loeb aus Dürkheim, 80 Jahre alt.

In Grimmitzschau am 22. Oktober der Seher Fritz Kästig.

In Elberfeld der Buchdruckereibesitzer J. Steinbach, 71 Jahre alt.

In Genua der Buchdruckereibesitzer B. Kranzini, 65 Jahre alt.

In Gera am 24. Oktober der Seher Franz Wischke, 41 Jahre alt — infolge einer Darmoperation; am gleichen Tage der Buchdruckereibesitzer Hermann Schmidt, 52 Jahre alt.

In Groningen (Holland) am 15. Oktober der Buchdruckereibesitzer E. H. ter Horst, 40 Jahre alt.

In Heidelberg am 19. Oktober der ehemalige Seher August Danner, 29 Jahre alt.

In Kastrup am 17. Oktober der Buchdruckereibesitzer Heinrich Schmitz, 47 Jahre alt — Schlaganfall.

In Königsberg i. Pr. am 25. Oktober der Buchdruckereibesitzer Hugo Jäger, 42 Jahre alt.

In Lille (Frankreich) am 2. Oktober der Buchdruckereibesitzer Leonard Danel, 82 Jahre alt.

In Dueselnburg am 16. Oktober der Seher Karl Heinrich Meinhardt aus Koßitz, 28 Jahre alt.

In Regensburg am 22. Oktober der Seher Johann Zwerenz, 21 Jahre alt — Schwindsucht.

In Seattle (Amerika) am 12. September der Buchdruckereibesitzer Lambert Kagle aus Kottweil, 73 Jahre alt.

In Waldbrühl (Heilanstalt) am 17. September der Seher Emil Schlüter aus Magdeburg, 39 Jahre alt.

In Wien am 10. Oktober der Druckerinvalide Anton Erner, 53 Jahre alt.

Briefkasten.

A. B. in Nieder Schönhausen: Sie sind ein sonderbarer Heiliger. Am 17. November 1904 sandten Sie uns bereits fragliches Feuilleton ein, das wir damals ablehnten. Nach Jahresfrist senden Sie uns daselbe Manuskript noch einmal. Glauben Sie, daß inzwischen der Inhalt origineller und wissenwertiger oder unser Gedächtnis schwächer geworden ist? — H. G. in Bochum: 0,75 Mk. — J. F. in Waldsanz: Nach Ihrer Darstellung scheint das allerdings ganz zwecklos zu sein, aber da wir genau die örtlichen Verhältnisse nicht kennen, vermögen wir in bestimmter Weise uns nicht zu äußern.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

Nachen. Der Seher Ewald Rogel aus Nachen wird gebeten, seinen Aufenthaltsort an E. Gengen, Roermonderstraße 14, bekannt zu geben.

Bochum. Der Seher August Stont aus Hamburg wird hiernit aufgefordert, seine Verbandsbeiträge an Joh. Bruch, Mühlentstraße 15, zu entrichten, widrigenfalls Ausschluß beantragt wird.

Mülheim (Ruhr). Die verehrlichen Verbandsfunktionäre werden gebeten, die Adresse des Kollegen Ad. Bed an den Vorsitzenden J. Schumacher, Augustastr. 12, gelangen zu lassen.

Adressenveränderungen.

Röln a. Rh. Kassierer (vom 1. November): F. Müller, Unterstraße 25, II.

Köthen (Anhalt). Kassierer: Paul Mahlow, Ludwigstraße 31.

Arbeitslosenunterstützung.

Nachen. Dem Seher Otto Johanson wurde im Wartesaale des Bahnhofes Eschweiler sein Duitungsbuch

